

Milchviehhalter-Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2017

Wir, die Milchviehhalter in Deutschland, haben an die Politik wichtige Zukunftsfragen. Einmal mehr hat sich in den letzten Jahren ein Veränderungsbedarf in der Agrarmarktpolitik herausgestellt und bestätigt, drei Milchmarktkrisen seit 2009 zeigen überdeutlich diese Notwendigkeit. Die Verknüpfung des 2. EU-Hilfspakets mit einer zeitlich befristeten Mengendisziplin war beispielsweise eine überfällige politische Entscheidung, die auf den Milchmarkt bis heute eine positive Marktwirkung hat.

I. Milchmarkt

Die Milchmarktkrisen haben nachhaltig negative wirtschaftliche Folgen für die Milchviehbetriebe. Um beispielsweise die Rückzahlung der im Rahmen des 1. EU-Hilfspakets beanspruchten Liquiditätsdarlehen leisten zu können, werden vermehrt Umschuldungen vorgenommen. Das aktuelle Milchpreinsniveau ermöglicht zwar die Deckung der Direktkosten, an Zahlungen für fällige Tilgungsraten, eine Rücklagenbildung für Zukunftsinvestitionen und Risikovorsorge oder der Aufbau einer entsprechenden Altersversorgung sind jedoch nicht zu denken.

Ein weiteres Problemfeld ist die sehr schwache Marktstellung der Milchviehhalter. Im Sachstandsbericht des Bundeskartellamtes wurden die Defizite deutlich aufgezeigt.

Fragen:

1. Wie steht Ihre Partei den Forderungen der Milchviehalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengengrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?
2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage alleine in der Branche?
3. Wie stehen Sie zur Gründung von Branchenverbänden/-organisationen? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müssten eine entsprechende Branchenorganisation Milch zugesprochen bekommen?
4. Frage an die Befürworter von Branchenorganisationen: Marktkrisen sind immer globale Marktkrisen. Wie kann/soll über eine nationale Branchenorganisation Einfluss auf den globalen Markt genommen werden?
5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehalter politischen Handlungsbedarf oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

II. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP 2020)

Die Diskussionen um die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik 2020 und der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) werden bereits intensiv geführt. Der BDM e.V. sieht im Zusammenhang mit der GAP 2020 die Möglichkeit, die Landwirtschaft nachhaltig fit zu machen für die zahlreichen Aufgaben und Herausforderungen der Zukunft. Es geht um die Zukunft vitaler ländlicher Räume, Schaffung von Wertschöpfung und den Erhalt von vielen Arbeitsplätzen.

Mit der bisherigen starken Konzentration der GAP auf die Verteilung von Agrargeldern wird weder die schon in den römischen Verträgen genannte Zielsetzung, ein entsprechendes Pro-Kopf-Einkommen der landwirtschaftlichen Bevölkerung für eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten, noch eine Stabilisierung der Märkte erreicht. Aus Sicht des BDM muss zunächst mit der Weiterentwicklung der GMO hin zu wesentlich stabileren Märkten die Möglichkeit geschaffen werden, das Haupteinkommen aus dem Verkauf der Produkte erzielen zu können. Nur wenn hier wichtige Reformschritte unternommen werden, kann man die GAP 2020 so gestalten, dass die vielfältigen Ziele der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik erreicht werden. Die Bäuerinnen und Bauern haben dann den finanziellen Spielraum, tiefgreifende Veränderungen der GAP nicht nur mitzutragen, sondern auch umzusetzen.

Fragen:

1. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 auf Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu konzentrieren?
2. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?
3. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können?
4. Gibt es in Ihrer Partei Gedanken, wie der mit der Beantragung der Agrargelder verbundene sehr große Bürokratie- und Kontrollaufwand abgebaut werden kann?
5. Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei, den Erhalt von Agrargeldern zukünftig mit konkret zu benennenden Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu verknüpfen?

III. Wahrheit und Klarheit bei der Produktkennzeichnung

In Zeiten zunehmender Sensibilisierung eines größer werdenden Teils der Verbraucher und der Medien sollte eine Herkunftsbezeichnung aller für ein Fertigprodukt verwendeter Herstellungsbestandteile eine Selbstverständlichkeit sein. Es grenzt an Verbrauchertäuschung, wenn als Herkunft eines Produkts nur die Stätte des letzten Verarbeitungsschritts angegeben, nicht jedoch die Herkunft der einzelnen Bestandteile des Produkts gekennzeichnet werden muss. Jede Initiative der Milchviehhalter für ein klares Kennzeichnungsrecht ist jedoch bisher am Widerstand der Molkereiwirtschaft und ihrer nahestehenden Verbände gescheitert. Eine hochwertige Vermarktung der Milchprodukte ist nur dann möglich, wenn deren Zutaten hochwertig sind und die Verbraucher entsprechendes Vertrauen in die Produkte setzen können.

Frage:

1. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produktkennzeichnung?

IV. Tierwohl

Die Debatten um mehr Tierwohl sind in vollem Gange, neben einer Vielzahl von Labeln drängt der Lebensmittelhandel die Urproduzenten zur Akzeptanz unterschiedlicher firmeneigener Programme. Die Umsetzung der Anforderungen ist sehr oft mit größeren Investitionen in die Haltungssysteme verbunden.

Fragen:

1. Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme zu mehr Tierwohl finanziert werden?
2. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln?

3. Wie können Milchviehbetriebe, die vor allem in kleinstrukturierten Regionen ihre Rinder noch in Anbindehaltung haben, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?
4. Bedarf es aus Sicht Ihrer Partei eines generellen Verbots der Anbindehaltung?

Wir bauen auf ehrliche Antworten der Parteien, denn es geht um viel: nicht nur um die Zukunft unserer investitionsintensiven Betriebe, sondern auch um die Vitalität der ländlichen Räume. Insbesondere die Milchviehhaltung mit ihren vielen vor- und nachgelagerten mittelständischen Branchen besitzt eine starke Ankerfunktion für den ländlichen Raum.